Ä217 (Projekt) Lebendige Erinnerungskultur für Brandenburg

Antragsteller*in: Heinz-Herwig Mascher (Oberhavel KV)

Änderungsantrag zu 2.8-A

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:
Brandenburgs Geschichte ist bekanntlich mehr als Großer Kurfürst, Alter Fritz und Preußens "Glanz und Gloria". Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus und der SED-Diktatur hat inzwischen ihren festen Platz in der Brandenburger Gedenkkultur. Zusätzlich zu den zentralen Orten der Erinnerung wollen wir weitere dezentrale Erinnerungsorte erhalten und in die Arbeit der Gedenkstättenstiftung einbeziehen. Dazu gehört auch, die bislang vernachlässigten Militärliegenschaften zu Orten der politischen Bildung zu entwickeln. Die Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in Brandenburg wollen wir erhalten. Außerdem wollen wir die deutsche Kolonialgeschichte vor 1918 aufarbeiten und an einem authentischen Ort sichtbar machen. Ebenso wollen wir an den Völkermord an den Armeniern, die Geschichte der Sinti und Roma und die Geschichte jüdischen Lebens in Brandenburg vor dem nationalsozialistischen Völkermord erinnern. Eine lebendige Erinnerungskultur setzt mehr als staatlich verordnete Gedenktage, den Erhalt historischer Relikte und die Gestaltung von Ausstellungen voraus: Wir wollen die Bildungsangebote für Schulen und Jugendliche weiter entwickeln und die Zahl der an den Gedenkstätten eingesetzten Lehrkräfte erhöhen. Alle Schüler und Schülerinnen sollen in ihrer Schulzeit mindestens einen Erinnerungsort des Nationalsozialismus und einen der DDR-Zeit in pädagogischer Begleitung besuchen können. Um dies zu ermöglichen wollen wir die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und die freien Träger finanziell und personell besser ausstatten und die Gedenkstättenlehrkräfte im Haushalt absichern.
In einer Zeit wachsender populistischer, negative Stimmungen verbreitender bis hin zu demokratiefeindlichen Bestrebungen gilt es aber auch, an Orte sowohl rassistischer, fremdenfeindlicher Verbrechen wie auch an solche bürgerschaftlichen Engaments der Zeit nach 1990 zu erinnern. So sind die Aktionen der BI "FREIe HEIDe" ein Beispiel für die Erfolge, die durch Nutzung der Möglichkeiten des demokratischen Rechtsstaates für friedliche Bewegungen möglich sind - auch ein Argument gegen das von interessierte Seite geschürte Wutgeheul gegen die liberale Demokratie.